



Solidarität mit Benedikt Glasl - Gegen staatliche Repression gegen politisch aktive Student*innen!

Der freie zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) solidarisiert sich mit dem ehemaligen SDS-Aktiven und angehenden Lehrer Benedikt Glasl gegen das ihm durch das Kultusministerium Bayern auferlegte Berufsverbot.

Das Berufsverbot gegen Benedikt Glasl begründet das Ministerium ausschließlich mit seiner Mitgliedschaft in der den LINKEN nahen Organisation dielinke.SDS, und seiner Aktivität als Bundesvorstand dort, sowie der Aktivitäten in der Linksjugend ['Solid]. "Dass allein die aktive Mitgestaltung von (Hochschul-)Politik in politischen Organisationen, die der LINKEN nahestehen, ausreicht, um jemanden als gefährlichen Linksextremisten zu labeln, ist unhaltbar", so Konstantin Korn, Teil des Vorstands des freien zusammenschluss von student*innenschaften.

"Benedikt Glasl Führungszeugnis ist leer, er hat sich in der Vergangenheit nichts zu schulden kommen lassen. Politisches, gewerkschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement darf nicht kriminalisiert und stigmatisiert werden. Im Gegenteil, es sollte aktiv gefördert werden. Insbesondere auch bei Menschen, die im Rahmen ihres Berufs, bspw. als Lehrer*in, junge Menschen ausbilden", führt Eva Gruse vom freien zusammenschluss von student*innenschaften weiter aus.

Dennoch sind vergleichbare Eingriffe gegen studentisches Engagement von staatlicher Seite keine Seltenheit. Tobias Eisch vom freien zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) erklärt: "Wir beobachten zunehmend Eingriffe von staatlicher Seite gegen Student*innenschaften. Polizei, Univerwaltungen oder sogar der Verfassungsschutz greifen an mehreren Standorten verstärkt in die Meinungs- und Pressefreiheiten politisch aktiver Student*innen, sowie die Selbstverwaltungsrechte der Student*innenschaften ein." Die Liste an Berichten die dem fzs zugetragen werden ist lang. Sie reicht von Bspitzelungen durch Kriminal-

Der freie zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 80 Mitgliedern vertritt der fzs über 800.000 Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in ESU - European Students' Union und in der International Union of Students (IUS).

freier zusammenschluss von
student*innenschaften (fzs)
e.V.
Wöhlertstraße 19
10115 Berlin

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96
www.fzs.de
info@fzs.de

Vorstand
Nathalie Schäfer
Tobias Eisch
Eva Gruse
Konstantin Korn

vorstand@fzs.de

Berlin, den 12.03.2018

polizei über rechtlich fragwürdige Durchsuchungen von Räumen der Student*innenvertretungen bis zur Unterbindung politischer Aktionen auf dem Campus.

"Gemeinsam haben all diese Ereignisse vor allem, dass durch die genannten staatlichen Eingriffe die Selbstverwaltung und demokratische Legitimation von Student*innenvertretungen nach und nach unterlaufen wird und Student*innenschaften und andere, politisch unliebsame Projekte mundtot gemacht werden. Offenbar, weil die politische Arbeit der Student*innen nicht der eigenen Politik entspricht." ergänzt Nathalie Schäfer vom freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs). Für den fzs ist klar, diese Entwicklung darf kein Ende des Engagements bedeuten, sondern muss Anlass geben, sich zu wehren.

Der Beschluss des fzs: <http://www.fzs.de/aktuelles/positionen/468540.html>

In der Begründung des Antrags gibt's noch mehr Beispiele von Repressionen gegen Studierendenschaften: <http://fzs-mv.de/antraege/gefaehrdete-selbstverwaltung-gegen-behoerdenwillkuerundparlamentarische-delegitimation-vonverfasstenstudentinnenschaften/>

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 80 Mitgliedern vertritt der fzs über 800.000 Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in ESU – European Students' Union und in der International Union of Students (IUS).